
Wir sind das Volk!

Leipzig am 9. Oktober 1989

Zur ersten Montagsdemonstration auf dem Leipziger Ring war es am 25. September gekommen. Aus dem Schutzraum der Kirche waren die Menschen endlich herausgetreten und hatten sich mit den draußen Wartenden zur Demonstration vereinigt. Mit dieser Entscheidung begannen sie das parteiadministrative System aus den Angeln zu heben. Aus der Selbstfindung des einzelnen im Konflikt mit der Macht entstand ein neuartiger überindividueller Zusammenhang, der die kollektive Selbstbefreiung ermöglichte. In den nicht genehmigten Montagsdemonstrationen sind der Wille zur gesellschaftlichen Erneuerung und die Übertragung dieses Willens in eine auch symbolisch vermittelte Interaktion und eine bestimmte rituelle Praxis²⁰⁹ regelmäßig aktualisiert worden. In diesen normativen Konsens der Demonstrationsgemeinschaft traten seit dem 9. und dem 16. Oktober bald landesweit Hunderttausende ein. Wo dieses Grundeinverständnis gemeinsamen Handelns zerfiel, wie später im November und Dezember, spaltete sich die kollektive Aktion auf bzw konstituierte sie sich neu.

Die große Menschengruppe, die in Leipzig am 25. September das Demonstrationsgeschehen eingeleitet hatte, wuchs sprunghaft. Im Übergang zum 2. Oktober und vor allem zum 9. Oktober gelang es, die Permanenz der Demonstration zu sichern. Am Anfang des langen Zyklus der Leipziger Montagsdemonstrationen, der bis zum 12. März des Jahres 1990 andauerte, standen die Massennrufe *Freiheit!* und *Neues Forum zulassen!* (seit dem 25. September), *Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit!* (am 2. Oktober), *Freiheit für die Inhaftierten!* (seit dem 2. Oktober), *Stasi weg, hat kein Zweck!* (seit dem 2. Oktober). Die Demonstrationen verliefen seitdem mit der Wucht der akuten Systemdestabilisierung und schließlich Systemverände-

rung. Beides leitete in die friedliche, aber keineswegs gewaltlose Revolution des Herbstes über.

Der Raum, den die Demonstranten für sich öffneten und zunächst nur für Stunden besetzten, weitete sich aus. Er wurde zum Freiraum für ein ganzes Land. Die Demonstrationskultur, die ihn ausfüllte, begann die DDR zu verändern. Die Menschen gewannen Handlungsfähigkeit zurück. Aus den Bezirken sah man erwartungsvoll auf Leipzig, und die Leipzigerinnen und Leipziger warteten voller Ungeduld und anfangs auch Zorn auf die Demonstrationen in den außersächsischen Bezirken. Unvergeßlich war der Aufschrei der Beleidigten am 9. Oktober gegen die Diskriminierung der Demonstrationen durch die Medien, die Honecker selbst und Politbüromitglied Herrmann steuerten:²¹⁰ der Protestruf, herausgeschrien: *Wir sind keine Rowdys!*, mit dem die Kriminalisierung der Straße durch den SED-Funktionärskader zurückgewiesen wurde, der dann aber, gleichsam in einem einzigen langen Atemzug, in die Massenerkenntnis überging: *Wir sind das Volk!*²¹¹ Es begann der »Aufstand« der in den Ruin getriebenen messestädtischen Bevölkerung gegen das »Zentrum« der Macht, Berlin.

Die Provinz hatte die Last des parteiadministrativen Systems und seiner »Apparate« zu tragen. Sie erhob sich gegen die das Land von der Hauptstadt aus beherrschende »Spitze«,²¹² insoweit auch gegen Berlin. In diesem stürmischen Herbst 1989 ist die Spitze von der Provinz aus gepackt und abgebrochen worden.²¹³ Die Last eines Riesensrisikos lag dabei auf allen, die vor dem 16. Oktober beteiligt waren. So sehr der Leipziger *neunte Oktober* aus der Montagsdemonstration des 2. Oktober hervorging, die Bedingungen für Demonstrationsteilnahme hatten sich seit den Zusammenstößen mit der Macht am 7. Oktober, dem Staatsfeiertag, wesentlich verschlechtert. Die »Apparate« waren in erhöhter Alarmbereitschaft. Der Funktionärskader empfand Furcht, denn er war auf eine Konfrontation festgelegt, die »bürgerkriegsähnliche blutige Auseinandersetzungen« wahrscheinlich machte.²¹⁴ Deshalb schürte der »Apparat« aus den unterschiedlichsten Gründen Angst. Er wollte abschrecken. In den Familien gab es ein Gefühl der Gefahr und das Wissen um die Gefährdung. Eltern begriffen plötzlich ihre besondere Verantwortung. Der einzelne geriet an einen Punkt, wo er die Interaktion mit anderen suchte, um diese Verantwortung aushalten zu können.

Angst

Angst drohte den aufrechten Gang zu lähmen. Die Angst, daß die Montagsdemonstration blutig unterdrückt werden würde, war am 8. und 9. Oktober in Leipzig allgemein. Aggressionen verwandelten sich in Drohungen. Es drohten diejenigen, die Sicherheit(en) verloren. Der Pfarrer von St. Nikolai, Christian Führer, notierte am 11. Oktober unter der Last des Erlebten: »Die Ereignisse vor diesem Montag waren erschreckend«. Es gab anonyme telefonische Drohungen (»Wenn ihr noch ein Friedensgebet in der Kirche abhaltet, steht eure Kirche in Flammen«). Die Presse drohte, es sei an der Zeit, die angeblich konterrevolutionären Aktionen endgültig und wirksam zu unterbinden. »Wenn es sein muß, mit der Waffe in der Hand!«²¹⁵ »Wie ernst diese Drohungen zu nehmen waren, zeigten die Ereignisse am 7. Oktober. Wie bisher immer an staatlichen Feiertagen (1. Mai und 7. Oktober) war unsere Kirche nicht geöffnet. Von unserer Wohnung aus wurden wir Zeugen des gewaltsamen Polizeieinsatzes, den wir persönlich erlebten, gegenüber einer wehrlosen, gewaltlosen Menschenmenge, die erstaunlicherweise dennoch keine Angst zeigte. Das Einschlagen auf wehrlose, bereits festgenommene Menschen hat uns um so mehr entsetzt, da wir solches Vorgehen staatlicher Organe bisher nicht kannten.«²¹⁶ So war es in Dresden, Berlin, Magdeburg und zahlreichen anderen Städten. Auch dieser Augenzeuge registrierte das auffällig veränderte Vorgehen der Macht. Aus Betroffenheit entstand das Bedürfnis nach Mitteilung und Hilfeleistung. »Am Sonntag war ein für den 20. Sonntag nach Trinitatis erstaunlich hoher Gottesdienstbesuch. Betroffene berichteten uns im Anschluß über die Härte des Einsatzes, über Verletzungen, wobei eine Zahl der Verletzten nicht zu ermitteln war. Der Montag begann und verlief mit einer nicht abreißenden Menge von Anrufen, uns zu warnen. Noch während des Friedensgebetes wurde meine Frau von tränenerstickten Anrufern erreicht, es würde geschossen, wir sollten die Menschen alle warnen und schützen. Die Bedrückung, der Druck auf uns waren sehr hoch.«²¹⁷

Die Honecker-Weisung vom Vortag an die Bezirkseinsatzleitungen hatte die Situation aufs äußerste zugespitzt. Aus den verschiedensten Kanälen sickerten Wahrheiten und Gerüchte. Aus dem engsten Kreis der Eingeweihten und den vorgelagerten engeren Kreisen der Gutinformierten drangen sie nach außen.

Als Kommandeure von Kampfgruppen in Wortmeldungen die Entschlossenheit bekundeten, gegen sog. »konterrevolutionäre Machenschaften« gegebenenfalls »mit der Waffe« einzuschreiten,²¹⁸ verbreitete sich dies in der Stadt wie ein Lauffeuer. Am 8. Oktober hatte Generalsekretär Honecker festgelegt, daß der Funktionsapparat der Partei, der Gewerkschaften und der FDJ sowie »die Mitarbeiter« der staatlichen Organe »unmittelbar vor Ort an der Unterbindung der Krawalle teilnehmen und offensiv in Erscheinung treten« sollten.²¹⁹ Gemessen an der bisherigen Praxis war diese Festlegung ungewöhnlich. Honecker warf den gesamten Funktionsapparat in die Waagschale des Machterhalts. Und wenn ihm aus dem engsten Kreis der Machtträger nachgesagt wird, daß er »ein gerissener Mann war, wie immer man das sehen mag«,²²⁰ so verband sich diese Gerissenheit (sie sollte sich bald auch in der von Honecker veranlaßten Vernichtung der Bestände des internen Archivs des Politbüros durch den Minister für Staatssicherheit, Mielke, zeigen) mit Skrupellosigkeit. In den Machterhalt verstrickte der Generalsekretär auch den einzelnen Funktionär. Verantwortungsträger sahen sich in eine bürgerkriegsähnliche Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung hineintreiben. Entweder sie funktionierten mit allen Konsequenzen, die das hatte, oder sie verweigerten sich. So war die Lage.

Die Leipziger SED-Bezirkssekretäre Roland Wötzel, Kurt Meyer und Jochen Pommert standen seit dem 8. Oktober vor einer solchen Gewissensentscheidung. Das Telefonat, das Wötzel noch am Sonntag, nachdem der »Ticker« die Honecker-Weisung übermittelt hatte, mit dem parteilosen Kabarettisten Lange führte, bestätigt dies. Wötzel, so erinnert sich Lange,²²¹ erklärte, er habe mit großer Sorge die Polizeieinsätze am 7. und 8. Oktober verfolgt: Wir sollten irgend etwas unternehmen. »Ihm schwebte vor, in die Nikolaikirche zu gehen, dort die Leute anzusprechen.«

Lange widersprach. »Ich war für eine genehmigte Demonstration.« Daß dies der Honecker-Weisung in allen Punkten widersprach, konnte er nicht wissen, während sein Gesprächspartner sie irgendwie zu befolgen suchte, sicherlich auch auf der Suche nach einem Kompromiß. Lange sagte auch: »Es ist in diesem Land immer so, daß man mit Verspätungen recht bekommt. 68 demonstrierte ich gegen den Abriß der Universitätskirche. Wer damals dagegen war, galt auch als staatsfeindliches Element. Nach wenigen Jahren gab man uns recht, aber es nützte uns nichts mehr. Und so ist es heute wieder. Die Menschen wollen ihr Recht aber heute, sie wollen jetzt

ein besseres, demokratisches Land.«²²² Den nächsten Telefonkontakt vereinbarten Wötzel und Lange für Montag 14 Uhr.

Daß Wötzels Anruf mit der »Allerhöchsten Weisung und Drohung« nicht in Zusammenhang stand, ist kaum anzunehmen. Die Überlegung, in die Nikolaikirche zu gehen, in der einen oder anderen Weise am »Friedensgebet« teilzunehmen oder mit dem »Sympathiefeld um die Kirche«²²³ ins Gespräch zu kommen, erfüllte zunächst einmal die »Anforderung« der Partei, »vor Ort« »offensiv in Erscheinung« zu treten. Das Vorhaben, ein Parteiaufgebot in die Nikolaikirche zu schicken, von dem noch zu reden sein wird, geht darauf wohl zurück und vermutlich auch ein Gespräch, das Wötzel am Vormittag des 9. Oktobers mit einigen Professoren der Universität führte. Offensichtlich lag ein Beschluß schon vor, als sich Wötzel sondierend an Lange wandte. Über die für Leipzig aus der Honecker-Weisung entstandene Gefahr war sich dieser Bezirkssekretär nicht im Zweifel.

Die Verweigerung

Der Gang der Ereignisse bestätigt den Satz Hölderlins von der Größe der Gefahr, aber auch von dem Übersich-Hinauswachsen der Menschen, um die Gefahr abzuwenden. Gegen 13.45 am Montag ergriff Gewandhauskapellmeister Kurt Masur, Vorkontakte nutzend,²²⁴ die Initiative. In einem Telefonat mit dem SED-Bezirkssekretär für Kultur, Dr. Meyer, den er kannte, sagte er: »Lassen Sie uns gemeinsam darüber nachdenken, was man tun kann, um heute Abend das Schlimmste zu verhindern.«²²⁵ Meyer antwortete, er habe die gleichen Befürchtungen, er werde nach einer Verständigung im »Sekretariat« zurückrufen. Die Gefährdung war derart, daß die drei SED-Bezirkssekretäre den von Masur vorgeschlagenen Weg zur Gefahrenabwendung in einer Gewissensentscheidung wohl ohne Zögern mitgegangen sind, obwohl sie wußten, daß ein solcher Alleingang gegen die Zentrale, nach dem Parteistatut Fraktionsbildung, »eines der schlimmsten Vergehen«²²⁶ war. »Dann ging ich zu Helmut Hackenberg, informierte ihn von diesem Gespräch, von unserer Sorge und Angst. Dort befand sich auch Jochen Pommert. Wir beide waren uns einig, man müsse alles tun, um jene, die gewillt sind, zu einer friedlichen Lösung zusammenzuführen. Mit dieser, sagen wir, Legitimation, ging ich zurück in mein

Arbeitszimmer und traf auf dem Gang Roland Wötzel, der an diesem Tag mit Dr. Peter Zimmermann und Bernd-Lutz Lange Kontakt hatte. Wötzel und ich wußten um gemeinsame Positionen, und ich wußte, daß bei Jochen Pommert ein großer Umdenkungsprozeß eingesetzt hatte. Ich sagte, wir würden Masur anrufen, um ihm ein Gespräch vorzuschlagen. Pommert sagte zu mir und Wötzel: ›Wir sind uns doch klar darüber, was das für uns drei heißt – Parteausschluß, denn die Parteiführung sieht die Massen auf der Straße als Konterrevolution an, und wir drei stellen uns auf diese Seite.‹ Wir waren uns einig, daß man trotzdem nicht länger zögern dürfe. Ich rief Masur zu Hause an.«²²⁷ Der amtierende Erste Sekretär der Bezirksleitung, Hackenberg, der den schwerkranken Horst Schumann auch in der Bezirkseinsatzleitung²²⁸ vertrat, trug diesen Entschluß sonach nicht mit.

Eine »friedliche« Lösung erforderte den Dialog und machte ihn zur Bedingung für einen Kompromiß. Die Sicherheitsdoktrin des Politbüros mit ihrem anachronistischen Feindbild schloß beides aus. Die Dialog-Aktion richtete sich in der Sache direkt gegen Honecker, der die Ersten Sekretäre der SED-Bezirksleitungen, wie Krenz erwähnt,²²⁹ angewiesen hatte, »feindliche Aktionen im Keim« zu ersticken und »die Organisatoren der konterrevolutionären Tätigkeit« zu isolieren. Die Bezirksbehörden des Ministeriums für Staatssicherheit, zumindest in Leipzig, waren darauf ebenfalls festgelegt.²³⁰ Es war nur folgerichtig, daß eine Abstimmung der Drei mit der Bezirksbehörde des Ministeriums für Staatssicherheit unterblieb,²³¹ denn in der gegebenen Situation war sie zum Zentrum des Machterhalts geworden.²³²

Meyer, Wötzel und Pommert gehörten in Leipzig zu den Eingeweihten im engsten Kreis der Macht. Ihre Entscheidung, sich zu verweigern, spricht für eine bedrohliche Situation, für die es unmißverständliche Handlungsanweisungen gegeben haben muß. Sie spricht auch dafür, daß ein Schießbefehl oder ähnliches vorlag oder daß der Gebrauch der Schußwaffe gewollt und deshalb nicht auszuschließen war, selbst wenn einer der Hauptverantwortlichen das Vorhandensein eines Schießbefehls später entschieden verneint²³³ und beteuert hat, die Sicherheitskräfte seien am Abend des 9. Oktober so massiert nur zum Zwecke einer »Demonstrativhandlung« aufgebeten worden.²³⁴ Auszuschließen ist das nicht. Daß sich der in der Bevölkerung angestaute Haß zuerst und frontal gegen die ›Organen‹ richten würde, sofern die in den Kirchen und durch die Bürger-